



Vand. Ulstein. Fernsprech-Zentrale Ulstein: Amt Dänhoff (A 7) 3600—3667, für den Fernverkehr Amt Dänhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ulsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 60. Wöchentlich 1 Mark. Monatlich 13,50 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 72 Pfennig Bestellegeb.

Verantwortlich für den Gesamtheit (außer dem Handeltel.) Dr. Carl Misch, Berlin, Anzeigen-Preis: mm-Zelle 35 Pfennig, Familien-Anzeigen: mm-Zelle 20 Pfennig. Keine Verantwortlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Konradstraße 22-25

10 Pf. [Auswärts] . Nr 522

DONNERSTAG, 5. NOVEMBER 1931

MORGEN-AUSGABE

Berlinische Pariser Aktivität

Berichterstattung über Washington — Der Vorrang der Reparationen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 4. NOVEMBER

In Paris herrscht höchste diplomatische Aktivität. Laugel und Briand haben sich in die Aufgabe geteilt, die verschiedenen interessierten Regierungen von den Ergebnissen der amerikanische französischen Botschafterpräsidenten in Kenntnis zu setzen. Laugel hat heute den belgischen Botschafter und Briand den englischen Botschafter in längerer Audienz empfangen. Laugel hat auch die Verhandlungen mit dem Vorsitzenden der Finanzkommission der Kammer, Malin, aufgenommen, um mit ihm die parlamentarische Behandlung der zur Debatte stehenden Fragen durchzusprechen. Schon jetzt heißt es, daß die erste Woche nach dem Parlamentsbeginn am 12. November einer großen allgemeinen Interpellationsdebatte vorbehalten werden wird. Nicht weniger als 50 Interpellationen an allen Regierungen hat sich jetzt schon in Wort gemeldet. Obre gibt sich ferner sehr für die Durchführung der Session verheißend.

Anwaltschaft ist in der Pariser Presse eine lebhafteste Polemik um die Frage entbrannt, ob die Konfiszierung der deutschen Restschulden, von denen übrigens bei der Unterzeichnung zwischen den Sowjet und Laugel nicht näher die Rede war, dringlicher sei als die „Neu-Ausparnung“ des Young-Plans. Man glaubt nämlich, immer mehr anzunehmen zu müssen, daß Deutschland die Restschulden gegen seine Reparationsverpflichtungen auszuspielen wolle.

So glaubt sich denn heute der „Temps“ verpflichtet, mit aller Energie zu betonen: „Frankreich ist keineswegs bereit, den Young-Plan und sein Recht auf gerechte Wiedergutmachung den finanziellen Interessen Deutschlands zu opfern. Es erkennt allerdings an, daß ein Arrangement notwendig sein kann angesichts der Schmierigkeiten, mit denen das Reich zu kämpfen hat. Aber es will, daß dieses Arrangement ehrlich sei und auf dem regulären, im Young-Plan vorgeschriebenen Wege erfolge. Es muß als unbedingtes Prinzip aufgestellt werden, daß die Frage der Reparationen und der Restschulden in keiner Weise miteinander in Verbindung gebracht werden dürfen. Es wäre eine einseitig unannehmerliche Forderung, daß die Privatgläubiger, die die Kurztitel, den Vorrang von den politischen Schulden, d. h. von den Reparationen, haben könnten.“

„Viel schärfer drückt sich die „Alberts“ aus: „Das Reich hat nichts zu tun mit den Trübs und den Konzernen und ihren Schulden. Es gebe in Deutschland Firmen genug“, fährt das Blatt fort, „die bisher allen Stürmen Trotz geboten und ihre Verpflichtungen ehlich eingehalten haben.“ Das Blatt ährt nicht in erster Linie die S. O. Farben, die A. E. O., Siemens-Schuckert und Siemens u. f. s. f., sondern, Deutschland habe also genug gesunde Elemente, um sich zu sanieren, aber es brauche eine energiegelbe Wirtschaftsführung, die die Streikräuber, die verdränglichen Finanziers, die Ausbeuter des öffentlichen Kredits, die gewissenlosen Spekulanten, die mit ihren gewagten Kombinationen die beherrschenden Geschäftskreise zum Bankrott führen, endlich zur Vernunft bringt.

Favag-Kolleg

Von DR. EDMUND DELMONTE

In den Augusttagen 1929 ist die „Favag“ zusammengebrochen. 160 Millionen, zum großen Teil Geld von fremden Leuten, gingen unter fabelhaften Umständen verloren. Jetzt gibt es Teil der Verantwortlichen vor dem Richter — der Hauptgläubiger Generaldirektor Dumde ist noch vor dem Zusammenbruch der Gesellschaft geblieben, sein Nachfolger Peter seiner erkannt, so daß vielleicht überhaupt nicht mehr genau ihn verhandelt werden kann. Die Wühlen der Justiz mahlen langsam, die zu langsam für das Rechtsempfinden der Öffentlichkeit.

Obwohl der Prozeß seit vielen Tagen verhandelt wird, ist er über Vorfällen noch nicht hinausgekommen, da die Größe und die Komplexität des Gegenstandes dem Gericht nur langsame Arbeit ermöglicht. Mit der Hauptfrage, warum eigentlich der Stolzener der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs A.-G. zusammengebrochen ist, hat man sich noch nicht beschäftigt. Aber auch das, was der bisherige Verlauf des Prozesses von den Julienden bei der Favag ergeben hat, ist interessant und erregend genug. Die Verwaltungsmittel der Favag erhielten für ihre Leistungen viele Besätze, die man ohnehin gut und gern als Liebhaberpreise angesehen ihrer Erfolge für die deutsche Wirtschaft bezeichnen kann. Demnach 350 000 Mark, Peter und Schumacher 175 000, der Sachverständigen 192 000, der Peter Strickmann 35 000 (ohne seine Notaratsgehühren), der Generaldirektor der „Bereinigten Berlinischen und Preussischen“ Wäbe 100 000 und das jüngste Mitglied der Verwaltung Gouverneur 50 000 Mark. Außer diesen Riesengehältern aber, die nur bewußt gegeben konnten, weil eine Clique von leibhaftigen Geheilen, geführt von einem herrschaftlichen Generaldirektor, geglaubt den Wert zu einschätzte, herrschte das System, das, was die Betreuer als Sonderleistungen antrieben, mit phantastischen Trümpeln zu bezahlen. Auf diese Weise hat Dumde für 25 Fälle im Verlauf von fünf Jahren nicht weniger als 700 000 Mark nebeher verdient, Peter fast 1 Million in dreißig Fällen, Wäbe, der offenbar überhaupt nur ganz große Geschäfte machte, für sieben Fälle 380 000 Mark, Schumacher für sechs Fälle 116 000 Mark. Das sind etwa 3 Millionen, die bei Verwaltung der Favag aus dem Postenmonats ihrer Verächter, ohne sie zu fragen, in das ihre überföhren. Diese 3 Millionen sind nicht die Ursache des Zusammenbruchs, aber sie zeigen die Mächtigkeits, die die Favag zum Zusammenbruch gebracht hat.

Meber die Frage, ob derartige Sondervergütungen in anderen Unternehmen statthaft oder gar üblich seien, wurde eine Reihe von Zeugen gehört. Sie bestritten allgemein, daß das System der Sondervergütung in der deutschen Wirtschaft üblich sei. Es muß aber dahingestellt bleiben, ob nicht auf andere Weise aus erfolgreichen Geschäftern der Direktoren andere Einnahmen zufließen. Man kann nicht einmal eine derartige Methode für sichselbst unbedenklich erklären, da unter Umständen für die erfolgreiche Durchführung besonders wertvoller Transaktionen ein Anreiz gegeben werden darf. Inwiefern man verlangen, daß mit den reichlich hohen Gehältern, die in der führenden Wirtschaft üblich sind, bezahlt werden, auch die Unternehmerrantitäten eingeschlossen sein müssen. Selbst erfolgreiche Männer der Privatversicherung lehnen sowohl dieses System als auch überhöhte feste Besätze ab. Heißt es das System des relativ geringen festen Gehalts und eine Beteiligung am Gemeinnutzen, wogegen nichts einzuwenden ist.

Was dem auch sei, die Sondervergütungen, die die Favag-Direktoren sich bewilligten, haben weder mit Geschäftsin nach mit Erfolg das geringste zu tun. Sie konnten sich allerdings zu ihrer Entschädigung darauf, daß die Unternehmerrantitäten vornehmlich Stoff ihnen ihre Extra-Gratifikation bewilligt habe, Teilweise hat man ihm aber die Zustimmung dazu abgelieft, indem man ihm über die Empfänger der Summen falsche Berichtigungen machte. Zum Teil war der Gebehrgrößenhandel Stoff, als Parteigehaltsantidat der risikoführenden Banken in sein Amt gekommen, nicht fähig, die Tragweite seiner Untertaten zu beurteilen. Bei der Favag war der Generaldirektor Dumde ein Gott und der Aufsichtsratsvorsitzende Stoff noch nicht einmal ein Prophet. Man erzählt sich, wie der Aufsichtsrat beim Generaldirektor antidiambieren durfte, man kennt die Sonart, in der die Favag mit ihrer Aufsichtsbühre zu verfahren pflegte . . .

Es kommt hinzu, daß er, wie auch bei anderen Aufsichtsrat von Versicherungen, in vielerlei faum etwas verdanthen hat. Eine gewisse Pflicht umgibt trotz aller Entschädigung die Aufstellung auch heute noch. Wenn dann hingeworfen,

Mahnung Briands an Japan

Ernste Lage im mandchurischen Konflikt

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENF, 4. NOVEMBER

Der mandchurische Konflikt verdrückt sich leider weiter. Auch der heute mittag erfolgte Veröffentlichung der energischen Protestnote des chinesischen Delegierten ist nur auch die Note des Staatspräsidenten Briand vom 30. Oktober an den japanischen Delegierten veröffentlicht worden, die zugleich auch schon eine Pointierung einer von gestern abend aus Paris datierten Mitteilung der japanischen Delegation an den Völkerrat darstellt.

Gegenüber dem auch in Paris immer aufrechterhaltenen japanischen Standpunkt, daß ein Restschluß vom 24. Oktober, dem Ende der letzten Abstufungen, nicht existiert, will dieser Restschluß nicht die notwendige Einmütigkeit gefunden hat, betont Briand, ähnlich wie die chinesische Delegation, daß trotzdem der einstimmig angenommene Restschluß vom 30. September bestehen bleibt, noch dem sich Japan zur möglichst raschen Zurückziehung seiner Truppen verpflichtet habe, ohne weitere Bedingungen setzen zu können, als die Garantie für Leben und Eigentum seiner Staatsangehörigen. Letzteres seien auch die drei ersten Punkte der Resolution vom 24. Oktober als einstimmig angenommen zu betrachten, da der japanische Delegierte Watanabe sie in einer mit der Restschluß vollkommen identischen Fassung vorgezogen hatte.

Außerdem aber, so fährt die Note Briands fort, hat der chinesische Delegierte in seinem Schreiben vom 24. Oktober ausdrücklich erklärt, daß China, wie jedes Mitglied der Völkerrat, sich für gebunden hält, alle Verpflichtungen der Verträge zu beachten“. Für die freitragenden Punkte in den Verträgen hat sich die chinesische Regierung ausdrücklich bereit erklärt, wie es der Artikel 15 des Völkerratpaktates vorsieht, jedes gerichtliche oder schiedsgerichtliche Verfahren anzunehmen. „Es scheint mir also“, sagt Briand, „und die anderen Staatsmitglieder, einsehlich, wie ich zu hoffen wage, Ch. Eggelingen, werden mit dieser Ansicht übereinstimmen, das die schiedsgerichtliche Lösung von dem Rat, in dem Japan einen fähigen Sitz einnimmt, Verpflichtungen übertragen hat, die durchaus mit den Grundprinzipien konform gehen, auf die sich die japanische Regierung bezieht.“ Da die Dinge so liegen, lag die Note weiter, liegt der Staatspräsident die feste Hoffnung, daß die japanische

Regierung die von ihr am 30. September und in ihren wiederholten Erklärungen in den letzten Abstufungen vom 22., 23. und 24. Oktober übernommene Verpflichtung, so rasch als möglich den Rückzug ihrer Truppen in die Eigenbahzone vorzunehmen, erfüllen wird.

Zugleich ist nun aber eine neue Mitteilung der chinesischen Regierung vom 4. November eingegangen, in der es u. a. heißt: „Es ist jetzt klar, daß die japanische Besatzungsarmee eine wohlüberlegte Politik verfolgt und sich bemüht, an die Stelle der Autorität der chinesischen Regierung die Herrschaft verschiedener Privatpersonen und Gruppen zu setzen, die von den Japanern selbst eingesetzt worden sind.“ Die chinesische Regierung macht weiter darauf aufmerksam, daß alle diese Maßnahmen die schwersten Schädigungen für die ausländischen Interessen mit sich bringen, und sie erklärt, daß „diese ganze Politik den Empfehlungen des Rats ins Gesicht schlägt und eine flagrante Verletzung des Völkerratpaktates ebenso wie des Pariser Pacts und des Neumächtervertrags von Washington darstellt. Die Situation ist außerordentlich ernst.“

Es ist nunmehr zu erwarten, daß der Rat womöglich noch vor dem 16. November einberufen wird, falls nicht die japanische Regierung noch im letzten Augenblick der Verbesserung Briands nachkommt und Vertreter für die Verhandlungen mit der chinesischen Regierung über die Räumung der Restschlußzeit ernannt.

Der Kampf um den Brotpreis

Das Reichsernährungsministerium weist zu den Forderungen der Berliner Bäckereiarbeitung auf Erhöhung des Brotpreises gegenüber darauf hin, daß bei den jetzigen Mehlpfeinrentierungen die Verdienstspanne der Bäcker pro Kilogramm 10% Pfennige beträgt. Bei einer Erhöhung des Brotpreises auf 53 Pfennige würde die Verdienstspanne auf 19,15 Pfennige steigen. Demgegenüber betragen sich die Bäcker im vorigen Winter mit einem Verdienst von nur 15 Pfennigen.

Die Bäckereiarbeitung wird heute durch eine Abordnung Delegationen nehmen, dem Ernährungsminister ihre Gegenargumente vorzutragen.

Wieder Universitäts-Krach in Halle

Polizei muß das akademische Stadtviertel säubern

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

HALLE, 4. NOVEMBER

Der Universitätskrach in Halle hat am Mittwochabend seine Fortsetzung gefunden. Ungebrochen hat die Polizei die Straßenschilder eingestrichelt, um die Ordnung aufrechtzuerhalten. Schließlich mußte das gesamte Universitätsgebäude durch die Polizei gesäubert werden. Auch das Innere ist nun geordnet, und die Straßenschilder sind wieder sichtbar. Die Beteiligung der nationalsozialistischen Streiktruppen war noch erheblich größer als Dienstag. Die Kundgebungen gegen Professor Dehn trugen aussergewöhnlich nationalistischen Charakter. Sehr häufig sah man die bekannten Tausenden jährlange Menge nichtidentifizierbarer Zuschauer sich jeglicher Ankerung entziehen.

Professor Dehn konnte seine Vorlesung halten, die Teilnehmer werden jedoch von oppositionellen Studenten bedrängt und mußten sich umgeben. Ein Weg aus der Universität jedoch.

Die Universitätsbehörde hatte für die zweite Vorlesung Professor Dehns angeordnet, daß nur diejenigen ohne Einlaß finden sollten, die bei Professor Dehn belegt haben, außerdem war der Beginn der Vorlesung auf 10 Uhr, also nach Schluß der Vorlesungen angesetzt. Trotz strengster Kontrolle besetzten neben den etwa fünfzig Hörern des Professors etwa die gleiche Zahl Nationalsozialisten und einige andere oppositionelle Studenten den Hörsaal.

Den Bemühungen des Staatssekretärs Professor Dehmer gelang es, einen Teil davon zu veranlassen, sich aus dem Saal zu begeben. Die anderen besetzten die hinteren Bänke und wichen auch nicht, als der Rektor der Universität sie dazu aufrief.

Unter hohem Schutze verließen der Rektor dann: „Gestern habe ich mich entschlossen, die Saalräume zu verlassen, um mich im Saal zu befinden. Ihr Erreger werden nicht, um mich im Saal zu befinden“, antwortete Rektor Professor Rubin, „Denn Sie ja gehen Gelegenheit, und wenn Sie die Gelegenheit verlaufen lassen, können Sie diese Gelegenheit auch jederzeit wieder haben.“

Lloyd George demissioniert

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 4. NOVEMBER

Lloyd George hat in einem Brief an Sir Herbert Samuel den Vorbehalt der liberalen Fraktion innerhalb niedergelassen (Samuel war von Hochgrad Lloyd George gewählt worden). In seinem Brief führt Lloyd George aus, daß er sich in vollem Bewußtsein des dem verhängnisvollen Kurs befände, den die Partei in letzter Zeit geführt wurde. Er hoffe, nach Neuwahl in seiner Gesundheit wiederberufelt zu werden, und freute sich dann darauf, „mit allen neuen im Vertrauen anzutreten, denen die Durchführbarkeit jeder Sache am besten einleuchtet, für die ich mich wie im Jahre 1920 hoffnungsvoll einsetzte.“ In dem Augenblick seien diese Ideen „durch den fatalistischen Wahnsinn des Oktober“ verdrängt.

Dieser Brief ist eine scharfe Desillusionierung Sir Herbert Samuels und der liberalen Fraktion, die während der Krankheit von Lloyd George die Politik der Liberalen leitete. In dem Brief wird auch zum ersten Male von Lloyd George selbst die Möglichkeit angedeutet, daß die Liberalen eine fortgeschrittene, d. h. einer Konfession zur Verfügung steht. Die Konfession, von allem ihr harter demagogisch-propagandistischer Flügel, möchte das durch Stenobus Zusaiden freiwerdende Amt des Schatzkammers natürlich in der Hand eines irren Schatzkammers stehen. Wenn diese wäre, würde die liberalen Fraktion ein solches Amt nicht annehmen. Sir John Simon, der bezeichnenderweise bei dem getragenen Zusammenritt des Unterhauses, als er den Bienenfall betrat, von den konfessionellen Massen mit minutenlangem Zurufen begrüßt wurde, während Sir den Innenminister Sir Herbert Samuel nur ein einziger schüchtern Besäufnis seiner eigenen Fraktionsoffiziere hörbar wurde.

Überhaupt sängt die konfessionelle Fraktion bereits an, ihre Reihen zum Angriff zu formieren. Gestern soll nachmittags sich im Parlamentsgesamtheit eine Verammlung des stark protestantischen Flügels der konfessionellen Fraktion statt, die den Abgeordneten Sir Henry Page Croft zum Vorsitzenden beauftragt, der bereits während des Wahlkampfes sein lautes Eintreten für ein ansehnliches „Gegensatz“ zwischen den liberalen Fraktionen der vernünftigen konfessionellen Partei erregte. Dafür wird er heute vom „Evening Standard“ als „Vorbereiter“ bereits als einer der kommenden Führer der konfessionellen Partei begrüßt, ja die Zeitung verleiht sich sogar zu dem Satz, daß er aus der jehigen Krise des Landes als die härteste Persönlichkeit der englischen Politik hervorgehen werde, „mit der Ausnahme vielleicht des konfessionellen Schatzkammers, der die Erde haben wird.“ Es mußte in „Globe“ ein „Globe“ sein.

Das ist ein sehr wichtiges Ereignis Stanley Baldwin als gegen Stanley Baldwin, dem weiter unter die Erneuerung eines konfessionellen Schatzkammers als Selbstverständlichkeit angesehen wird. Die Verammlung, der Sir Henry Page Croft präsierte, konstituierte sich als „parlamentarischer

Professor Böhm gelang es dann die nationalsozialistischen Studenten zu veranlassen, ihm aus dem Saal zu folgen. Sie taten dies mit der Erklärung, der Kampf gegen Dehn geht über jeden Fall weiter. Dann begann, mit hartem Pfeiff empfangen, Professor Dehn seine Vorlesung. Die Ordnung wurde durch die strengen Abfertigungsmaßnahmen vorläufiglich wiederhergestellt, die Ordnung in Universitätsgebäude aufrechterhalten, je war dies vor und rings um die Universität zunächst unmöglich. Schon vor 7 Uhr abends sammelten sich große Truppen Nationalsozialisten und Hunderte von Studenten an dem Universitätsvorplatz an. Einiges des Universitätsrätes, also außerhalb des Universitätsterritoriums. Rauten sich immer mehr und mehr versammelten sich dem Hauptplatz jedoch. Zunächst wurden einzelne Aufmärsche, dann Streikzüge gegen Dehn ausgerufen. „Dehn raus! Dehn raus!“ wurde gerufen, bisweilen gelaufen oder auch „Deutschland erwache“ gerufen.

Immer größer wurde die Zahl der Demonstranten, aus den Streikzügen wurde ein dauerndes Gebrüll. Schließlich wurde die Polizei herangezogen, die zunächst verlor, die sich langsam in Bewegung zu setzen und zu greifen. Als dies nicht gelang, wurde der große Streikzug der Universität getrennt und dann der Vorplatz zu einem heftigen Zeit abgepflegt. Oberhalb der Straße, Hofen, Gassen, Höfen und Hofstraßen begleiteten diese Maßnahmen.

Fast zwei Stunden lang brüllten nun Tausende maßlos erregter und verheerter Demonstranten rings um die Universität, unter den Fenstern des Deutschen Auditoriums, und sogar in den Nebenräumen des Deutschen Auditoriums, und wurde die Polizei gezwungen, sich zu bewegen. Als dies nicht gelang, wurde ein großer Streikzug der Universität getrennt und dann der Vorplatz zu einem heftigen Zeit abgepflegt. Oberhalb der Straße, Hofen, Gassen, Höfen und Hofstraßen begleiteten diese Maßnahmen.

Sis gegen 22 Uhr wurden drei Studenten und vier andere Demonstranten verhaftet. Professor Dehn verließ nach seiner Vorlesung in einer nach herbeigekommenen Autostraße die Universität und mußte auf Umwegen zu seiner Wohnung gelangen werden. Dann erst ging die Polizei dazu über, die angrenzenden Straßen zu säubern.

Am Morgen gelang es kaum, das Universitätsgebäude zu halten. Immer wieder liefen aus dem wüstigen und duffen Gebrüll des Universitätsrätes Demonstranten vor. Als aber bereitete Polizei eingeleitet und vom Gummischuß Gewehr gemacht wurde, gelang es endlich, die Straßen zu säubern. Der dabei notwendig gewordene Einsatz von Polizeikräften soll weit über die Hälfte der gesamten Polizeimannschaft betragen haben.

Ausflug des Empire „Anhalter-Verbandes“.

Mit diesem Ausflug wurden MacDonald und Baldwin noch einmal zu tun bekommen.

Sie trafen Chamberlain, der jetzt 68 Jahre alt ist und im früheren konservativen Kabinett den Posten eines Außenministers innehatte, besichtigte, sich aus der Politik zurückziehend. Er hat dem Parteichef Stanley Baldwin mitgeteilt, daß er seinen Posten als Marineminister für einen jüngeren Mann der Partei zur Verfügung stelle.

Englisch-Munterei-Nachspiel

LONDON, 4. NOVEMBER

Der englische Flottenchef in Anwerdung hat jetzt nach Abschluß der sechs Wochen noch zu einem Raubspiel geführt. 24 Matrosen der damals meuerenden Schiffe sind auf Anordnung der englischen Behörden nichtig freigesetzt worden, nach dem Verbot der Auswanderung der englischen Schiffe vor dem britischen Parlament vom Marineminister betont werden, daß keine Bestrafung der treulichen Matrosen erfolgen werde.

Die Maßnahme der englischen Admiralität bezieht sich auf in der Zwischenzeit beengene Disziplinverordnungen. Wie es heißt, haben die jetzt entlassenen 24 Matrosen Anhalten zu neuen Demonstrationenbewegungen im Zusammenhang mit der Selbstverpflichtung getroffen.

Genfer Russen-Debatte

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENÈVE, 4. NOVEMBER

Das Spezialkomitee des Europa-Ausschusses, das sich mit dem russischen Vorschlag auf Ausarbeitung eines wirtschaftlichen Rüstungsabkommens befaßt, wird morgen seine Beratungen abbrechen und beschließen, vor der Zusammenkunft noch einmal zusammenzutreten, um Johann dem Europa-Ausschuss eine Lösung vorzuschlagen. Dieses Ergebnis liegt ein deutlicher Versuch zugrunde, nachdem die Regierungen erklart werden sollen, daß hinsichtlich des Wege ihrer Stellungnahme zu dem russischen Plan mitzuteilen.

In der heutigen Beratungsverhandlung hatte der russische Delegierte Colnatioff noch eine ganze Reihe von Fragen beantwortet. Auf eine der Hauptfragen, nämlich nach dem Verhältnis der Wirtschaftsanpassung zur „Nicht-Diskriminierung“ nach dem Wirtschaftspakt erklärte Colnatioff, daß es sich um eine Vereinbarung bezieht, die die Wirtschaftsanpassung nicht bindet. Er könnte man sagen, daß dies Diskriminierung der Wirtschaft jeder Wirtschaftsanpassung bedeutet. Es solle keineswegs jede wirtschaftliche Behandlung im internationalen Verkehr unmöglich gemacht werden, aber die diese sich nicht gegen einen bestimmten Staat oder gegen eine bestimmte Staatengruppe richten.

Gegen die Präferenz, wie sie zur Zeit gebahnt werden, ist nicht einzuwenden, denn sie würden je nur mit Zustimmung der dritten interessierten Mächte angeordnet.

hoff unter der Hand in einer zweiten geheimen Beschäftigung mit wichtigen Geschäften verknüpfen, wor man sich über nichts mehr wundern. Das entkündigt aber keineswegs die ungläubige Erfolglosigkeit, mit der der Aufständische nicht einmal den Versuch unternahm, sein Amt der Aufsicht auszuüben. Gerade die Energie, mit der der Generaldirektor Damske für seine persönlichen Interessen eintrat — für die Räumung seiner Dienstwohnung forderte er B. 20.000 Mark und der Rüstungsentschuldung bewilligte für die Rüstung Licht und Wasser für die Halle — hätte den Aufständischen deutlich machen müssen. Wie vertrauensvoll er aber war, beweis die Tatsache, daß eine Revision dieses Riesen-Konzerns nur vier Stunden gedauert hat. Für seine Unterfertigungsbefähigung und die Art der Revision bezog der Aufständische vorstehende 18.000 B. 20.000 Mark und 2 Millionen in der Rüstung. Die Rüstung ist die Hälfte davon. Dabei erfüllt er am meisten die Forderung, daß jeder erhebliche Behörde an Zustimmungspunkten aus der Franzfurter Lebensversicherung-Gesellschaft für die untauglichen Geschäfte der Faang ohne Gegenleistung entnommen worden sind. Man wergene nicht, daß dies Spargelder der kleinste Anteil waren!

Wie die Geschäfte ausfallen, für die die Faang-Direktoren sich hohe Sondervergütungen bewilligten, ist in einem Beispiel erklärt. Drei Versicherungskontenpote wurden an die Wöding-Bank verfallen. Der Verkaufsspreis betrug 1,6 Millionen. Die Wöding-Bank beschloß aber 2 Millionen zu zahlen, daß 400.000 Mark, angeblich für Provisionen, verwendet worden sind. In den Geschäftsbüchern der Faang sind diese 400.000 Mark Provision natürlich nicht verbucht worden. Zeugnisaussagen haben ergeben, daß der Kaufpreis 2 Millionen betrug und nicht 1,6 Millionen, wie der Aufständische vorstehende unterzeichnete hatte. Man erzählt also hier einen Kuriosus über die Durchführung von Finanzgeschäften, wie er einbezüglicher nicht gebührend sein kann. Die Aktienverteilung aus Anlaß der Fusion des Deutschen Vlopp (Transport-Versicherung) zeigt die gleichen Methoden. Zur Bezahlung der Vlopp-Aktien wurden auch in diesem Falle Schecks ohne Gegenwert aus dem Vermögen der Franzfurter Leben entnommen und die ordentlichen Vorstandsmitglieder erhielten Sondervergütungen und außerdem auch noch kostenlos Aktien des Deutschen Vlopp gelangt. Als die Transaktion später wieder rückgängig gemacht wurde, gelang es dem Vlopp, die Aktien zu einem geringen Preis von 20.000 Mark Abzahlung wieder heraus. Das Geschäft schloß mit 80.000 Mark Verlust für die Faang ab, die allein auf Konto Sondervergütung zu buchen sind. Das sind nur zwei Fälle von vielen und noch nicht mal die schlimmsten. Alle Verhältnisse mußten, daß hier unlaute Magenflächen im Spiele waren: Manche Geschäfte hatten überhaupt keine wirtschaftlichen Zweck, sondern waren offenbar nur ein Spiel mit dem Geld. Sondervergütungen zu erzielen. Die Beträge wurden denn auch nicht regulär durch Bank oder Post überwiehen, sondern oft durch den reisenden Generaldirektor Wäbe persönlich nach Frankfurt gebracht und dort unter der Hand vertrieben. Man sprach sogar davon, daß mit „Aufsicht auf die Angestellten der Faang“ die Art der Überweisung notwendig sei. Die Angestellten geben an, sie hätten sich „nichts dabei bedacht“, sie hätten mehr Arbeit geleistet und sich um Dinge bemüht, die außerhalb ihrer eigentlichen Zuständigkeit gelegen hätten.

Die Öffentlichkeit kann nur hoffen, daß die Fragen der Sondervergütungen in der ganzen deutschen Wirtschaft noch einmal besonders geprüft werden. Denn der Commerzbank-Direktor Gosewisch hat als Gezege erklärt, daß ihm ähnliche Fälle bekannt seien, in denen Sondervergütungen gewährt worden sind. Dabei behauptete er sogar, daß selbst aus nicht-ansehnlichen, aber verdienenden Ökonomie Vergütungen ausgeführt worden seien. Andere zeigten wiederum erklärten, daß bei ihrer Geschäftsführung Sondervergütungen nicht stattfanden. Aber mißtrauische spräche von „Unterbetrieblungen an Konfessionellen“. Hier muß Klarung geschaffen werden; denn es wird ganz allgemein davon gesprochen, daß leitende Männer der Wirtschaft außer ihren ohnehin schon hohen festen Bezügen an Gehalt und vertraglichen Tantiemen noch erhebliche Sonderentnahmen hätten, wie sie an der Quelle ihnen. Man wendet von privaten Aktienpartizipationen auf dem Aktien der „betriebl.“ Untersuchungen, eine Tatsache, die durch neue Affären mindestens nicht widerlegt ist und mangelt anderen Unrechtfähigen mehr. Dieses Kapitel geht die ganze Wirtschaft an, nicht nur die Affären allein. Scheu vor der Öffentlichkeit ist nicht mehr am Plage.

Der Pengö wird gehalten

BUDAPEST, 4. NOVEMBER

Ministerpräsident Graf Karolyi unterbreitete in einer heute frühlich verlaufenden Sitzung des Abgeordnetenhauses ein Gesetz über die wirtschaftliche und finanzielle Lage Ungarns. Der Ministerpräsident nahm insbesondere gegen die Auflösung der Opposition Stellung, die Ungarne fastprophale Lage auf Wirtschaftlichkeit und die Regierung betonen zurückzuführen. Die Regierung Graf Karolyi hat die meisten Parteiführer der Sozialdemokraten zur Folge. Unter oberstenbühnen Kabinetsrat verlangten sie, daß Graf Reitzen unter Anklage gestellt werde.

Graf Karolyi gab im übrigen zu, daß die gewesene Regierung die Lage zu optimistisch beurteilt habe. Die frühere Finanzpolitik mit ihrem verheerenden Auswegelichen könne nicht weiter fortgesetzt werden. Die Regierung sei entschlossen, den Pengö unter allen Umständen zu halten und eine Inflation zu vermeiden. Ungarn liege seine Währungsverhältnisse unter der Aufrechterhaltung der Wirtschaftlichkeit notwendigen Denken zur Verfügung stehen, damit die Interessen des Landes und seiner Gläubiger durch die Kontinuität der ungarischen Produktion unter allen Umständen gesichert werden könnten.

Dornenweg der Dsthilfe

Die Erinnerung des einsichtsvollen, darum aber politisch umkämpften Rittergutsbesitzers und Abgeordneten Schlange-Schoonings zum Reichskommissar für die Osthilfe steht heute. Der folgende Rückblick zeichnet die teuer erkauften Lehren auf:

Die Osthilfe, ursprünglich Ostpreußenhilfe, eine Besondere Sündenbunde, war in der Idee gut. Das ganze Deutschland sollte es sein, das seiner abgetrennten, durch Märkteverluft und Unmöglichkeit gefährdeten Nordostpartie aufzuhelfen würde. Der Einigkeit, daß Subventionen einseitige Bevorzugung zum Nachteil aller Steuerzahler bedeuten, istien auf diesen Fall nicht zuzutreffen. Denn hier handelte es sich um eine ganze Provinz, die nicht „abgeben“ durfte, um den Verarmten, aber noch ausgetretenen Bedürfnis fern nach Ostpreußen, das man nicht leicht abgeben kann. Auch bedurfte Ostpreußen keineswegs bloß „Vorkrundbesitz“. Normal, ohne die Bedeutungslosigkeit verfallender Agrarwirtschaft (Verdrängung der Großrenten) überwiegt im größten Teil Ostpreußens und grade in den weiten Grenzgebieten, der heute richtig „Waldgebiet“ der „Waldarbeiter“ (Arbeiter) wurde als etwa in Vorkruppen oder Hohlstein. Durchweg sind die indultierten, jetzt garnichtsicheren Städte des Ostens mehr als anderwärts auf die Landbauwirtschaft angewiesen.

In der Durchführung jener Idee haben sich aber allgemeines Mißgeschick und besondere Fehler verhängnisvoll verflochten. Zum Teil infolge der widersprechenden Zuständigkeit (des Reiches und Preußens) fehlte die gerade, richtig bestimmte und folgereicher durchgeführte Hilfe. Als das Besondere forderten die landwirtschaftlichen Führer selbst Umsiedlung, die Umwandlung der stehenden Personalbereiche, an denen man sich auch hier, trotz der besonders schänden Rentabilitätslage, übernehmen hatte, in felsen Hypothekarbeit. Weil man aber unter dem falsch angewandten Schlagwort „Selbstverwaltung“ die Interessen nicht über die Verteilung entscheiden ließ, klopften die führenden Ökonomen in der ersten Zeit den Boden ab.

Als 1929 der Reichs- und Staatsminister Vöhring herausgefunden wurde, daß die geringsten Verluste etwas besser zu ihrem Recht, um so früher wiedererlangt man. Als Treuhänder wurde ihm bald bald, daß einem Teil der überbliebenen Betriebe doch nicht zu helfen gemein war und sie bestenfalls nur durch Ubertaufe an Siedlungsangehörigen und den Fortschritt als Heilmittel zu retten waren. Diese pflichtmäßige Betreuung aufwendender öffentlicher Gelder begreute den Reichsminister, der sich für die landwirtschaftlichen Führer, die die landwirtschaftlichen Führer aufzubringen. Gegenüber den alle treffenden Umsiedlungen infolge des verlorenen Krieges hätte man seinen Gegenanspruch auf die Friedenzialische Zahlung der Vorkruppen — der monopolartigen Kreditgenossenschaft der Groß-Güter, die sich nach unten erweitert hatte —, daß sie zur „Vollstreckung“ gezwungen sei. Die literarischen Ökonomen hatten die Mittel nicht gegen die amtlichen Dsthilfe und die Gelder der Steuerzahler die Interessen der „guten Familien“ immer wieder mit Erfolg aus.

Inzwischen änderte sich die Hilfe selbst abermals. Zwar ging durch Sugenburgs Schuld im Sommer 1930 der auf eine ganze Reihe von Jahren berechnete große Entwurf nicht mehr durch. Dafür aber ein halbes Jahr später ein Gesetz, das, somit nicht zu weitgehend, räumlich fast ausreichte. Schließen, Fernern, viele Siedlungsburgen und Wälder wurden einbezogen. Auch hier hatte sich die Lage der Landwirtschaft zugespitzt und vor allem Schließen, obwohl in seinen Erwerbschichten ausgenommen aus der Jordan, durch Verfallens und den Fortschritt, den Stoppel Ostpreußen fast erreicht. Aber im ersten Jahr der aufgedehnten Gesamtziele war die Verregelung der bestehenden Mittel, die aus der Weiterentwicklung der ursprünglichen Reparationsumlage von der Grundindustrie fließen, auszuweichen. Von ihrem Standpunkt hatten die Landwirtschaftler aller Ostpreußen pflichtbewußt gemacht, als sie in einer Denkschrift darauf hinwiesen, daß Ohnide nicht nur ostpreußische seien. Aber die Rede wird leicht zu kurz, wenn sich zu viele darunter legen.

Da im beunruhigten Ostpreußen die Umsiedlung nur als Palladium zu wirken schien, meinten dort auch Besondere, daß eine allgemeine Umlage, wie sie Preußen bei den Reichsteuern eingeleitet hatte, zur Entierung beitragen müßte. Die steuermäßige Verteilung, die bisher dem Reich viele Erwerbskräfte aufgezogen hatte und selbst noch drei Millionen mehr verschaffen konnte, wurde dann, so folgerte man, Untermehrende zu sich zurückziehen. Die steigenden Gesamtwerte zehnjährigen solche Hoffnungen im Reime. Zugleich warf die Einmütigkeit des deutschnationalen Ostpreußen von 600 000 im Reichsrat ein solches Votum. Noch früherer Scheitern von Sippel dem Kanzler, als er den Osten bereite, ist Gedächtnis — selbstverlangte — Umsiedlung sei für die Not.

Auch ohne solchen Mangel williger Zusammenarbeit wird der neuangelegte, vermaledeite Apparat nicht, wie es notzogen hätte. Das Reineinander der Vant für Industrieobligationen und der „unpolitischen“ Vandalenstellen, der hantamigen und der haatspolitischen Gesichtspunkte hemnte. Was die Agrarführer hier „Selbstverwaltung“ nennen und auch versöhnlich-bereitete leben müßten, betrug sich nicht mit der gelieblichen Dsthilfe. Bald wendete in Bonnern die Verteilung, streifte in Ostpreußen Ministerialrat Muffert von dem Sippel die Waffen. Politische Fronde gegen „dieses System“ verband sich auch hier mit dem Aufbegehren gegen die Wirtschaftskrise und suchte hinter gebundenen Mitteln schuldhaften Verarmen.

Nun möchte man durch abermaligen Unformen wieder Halt werden. Rann bisher Verjüngungsweg auf dem Spige

die Überprüfe von Wollen und Vollbringen, Staatszweck und Interessentität ausgleichen? Das Wichtigste wäre eine einheitliche Richtlinie, die festschalten und von fester volkswirtschaftlichen Maßstäben getragen wird, die festschaltend zu werden ist und schließlich ein Ziel vorsetzen der Kräfte ermöglicht. Die Osthilfe darf in dieser Zeit nicht noch dem theoretisch Bindenswerten überpassen und nicht in ein fertiges Gefäß ohne Boden geschüttet, sie muß, um nicht abermals zu enttäuschen, durchführbar gehalten werden. Zu retten ist, was sich wirklich retten läßt, und letzter Waidlauf dafür nicht das große Gut, sondern der tüchtige, wirtschaftliche Arbeiter.

Zu wahren bleibt noch vor dem Verleihen, die an sich schon sehr problematische Zinsentlastung als besondere Dsthilfe mit

der Osthilfe zu verflochten oder gar ein Moratorium für Ostjuden anzuhängen. Das hieße den ohnehin erwiderten Kredit des Ostens auf lange hinaus untergraben und die Hemmnisse des ostelblichen Menschen vergrößern. Handel und Industrie haben sich stets, wenn betragliche Vorteile aufzuweisen, ungenügend bewegen erklärt. Auch ihnen den „abzugeben“ der Handlung, wollte die Umsiedlung helfen; darum darf sie jetzt nicht auf eine Schädigung der anderen Erwerbsstände hinauslaufen. Schließlich kann es nicht bei der Umsiedlung bleiben; sie muß eine Umlage in der Umlage, für der noch nicht überliefert angeleitet wird. Denn nur die Burt dafür, daß nicht verlorene Zustände, sondern Aufkapital gegeben wurde.

Dr. Siegfried Braas.

Der Plan für Erwerbslosenriedlung

Das neue Reichskommissariat an der Arbeit

Im Reichsarbeitsministerium hat das neue Reichskommissariat für die Erwerbslosen mit einer kleinen Anzahl von Sachverständigen keine Tätigkeit aufgenommen. Optimisten waren des Glaubens, daß noch die Herbstmonate genützt werden könnten, um einen Teil der städtischen Erwerbslosen ein Stück Gartenland und damit Arbeit und Hoffnung zu geben. Bestimmten berücksichtigten die Erdringung eines neuen bürokratischen Arealensystems, dem nur zögernde Taten entgegen zu treten, Arbeit haben werden.

Die Erwerbslosenriedlung wird jetzt verworfen. Heute finden die abfischenden Befragungen mit dem Minister-Ausschuß der Länder, am Sonntagabend mit den kommunalen Siedlungsverbänden und am Montag in Siedlungsausschuß des Reichstages statt. Wenn nicht unerwartete Schwierigkeiten auftauchen, werden am 10. November die allgemeinen Richtlinien des Reichskommissariats Siedlung veröffentlicht werden.

Vorgelegt ist ein Schema mit 8 Millionen Mark, für dessen Durchführung monatlich 8 Millionen an Mark vom Reichsfinanzministerium zur Verfügung gestellt werden. Die Siedlungstätigkeit wird mit dem Prinzip weitgehender Dezentralisation bei den Kommunen, die wieder Bau- oder Siedlungsgeossenschaften beauftragen können. Den dritten Verhältnissen kann dadurch weitgehend Rechnung getragen werden, und so wird der Reichskommissar auch auf einengende Verordnungen verzichten. Die Siedlerstellen werden 1/2 Morgen Land umfassen und nur eine primitive Wohngelegenheit sowie das notwendige Inventar an Geräten und Kleinzeug erhalten. Bei der Auswahl des Landes soll auf die Versteckelose und die Möglichkeit: Rückstuf ge-

nommen werden, daß sich erfolgreiche Siedler durch Zustimmung bis zu einer selbständigen Existenz vergrößern können.

Eine solche Erwerbslosen-Siedlerstelle soll in ihren Gesamtlagen 2500 Mark nicht übersteigen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß selbst bei langer Zeit Arbeitslose noch Erwerbslose aus früherer Zeit oder Mittel von Verwandten aufbringen konnten, um eine Anzahlung auf Siedlerstellen zu leisten. Damit aber die Reichsmittel für eine möglichst große Zahl von Stellen nutzbar gemacht werden, soll verordnet werden, daß Fremdmittel zu mobilisieren, die als Siedlerstellen des Reichsbesitzes rangieren. Das Halbjahresprogramm rechnet etwa mit der Schaffung von 20 000 Siedlerstellen und 30 000 Kleingärten, deren Kosten man auf 100—200 Mark für Untergründerläufe hofft. Für die Siedlerstelle soll die Pacht des Erwerbslosen mit Pachtengeldung 12—15 Mark im Monat nicht übersteigen. Gemeinlich später eine Geringer der Unterhaltungsgehälter eintreten kann, muß erst die Erfahrung zeigen. Zweck des ganzen Unternehmens soll ja sein, den Erwerbslosen inandanzubringen, die er durch seiner Hände Arbeit seine wirtschaftliche Lage verbessern kann.

Bei der Auswahl der Siedlungsgebiete sollen langfristig Erwerbslose und Kinderreiche besonders berücksichtigt werden. Voraussetzung für die Standortwahl ist aber, daß jeder Siedler mit Gartenarbeit und Kleingarten soll vertraut sein können werden die Kommunen gut tun, auf eine gründliche Ausbildung und Bezeichnung der Siedler zu achten und dafür zu sorgen, daß sie nur auf Boden angelegt werden, die als Gartenland viel brauchbar sind. S. v. M.

Abrechnung mit der Aera Frick

Entbindung eines Stahlhelm-Abgeordneten

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung WEIMAR, 4. NOVEMBER

Im kürzlichigen Landtag wurde mit großer Mehrheit ein nationalsozialistischer Antrag abgelehnt, der dem Innenminister Frick (Nazi-Fraktion) wegen der Verletzung der von Frick befallenen nationalsozialistischen Weimarer Polizeileiter „Adolf Heiß“ auspricht. Für den Antrag stimmten nur sechs Abgeordnete.

In der hunderntägigen Aussprache betonte Abg. Wödemann (Nazi-Fraktion), die Nationalsozialisten können offenbar nicht werden, daß heute aller Welt gesagt werde, wie wenig das stimmt, was sie hierzeit von den „positiven“ nationalsozialistischen Leistungen in Thüringen überall auszusprechen hätten. Man lese sich in ganz Deutschland, daß Thüringen aus ohne Mitwirkung der Nationalsozialisten in Ruhe weitergeführt und dabei wertvolle Arbeit geleistet werden könne. Die Nationalsozialisten hätten sich zu bemerken, daß keine anderen Partei mehr. Großes Unbehagen erregte die Mitteilung Wödemanns, der sich dem Stahlhelm angehöre, daß ein nationalsozialistischer Geistlicher tätig in einer öffentlichen Versammlung in Thüringen erklärt hat, er bitte den lieben Gott, ihm einen guten Sauf zu schicken, um damit die November- und Inflationsverdränger anhängen zu können. Andere nationalsozialistische Führer hätten laut und eindringlich ausgesprochen, daß Nazi-Partei und Deutsche Volkspartei eben so sehr bekämpft werden müßten, wie der Marxismus.

Finanzminister Baum, der früher des Landbundes, wachte sich gegen die Behauptung, der verstorbenen Landbundesführer Höfer habe kurz vor seinem Tode die Politik seiner Parteigenossen mißbilligt. Minister Baum meinte dazu, nicht einmal vor dem Tode machten die Nationalsozialisten halt. Eine betragliche Kompensations könne mit keinem parlamentarischen Ausdruck hindere getrennt werden. Ein solches Kompensations müßte eine Partei, die sie anzuwenden, zugrunde rücken.

Von Rednern der Sozialdemokraten und der Einigkeit wurde nachgewiesen, daß tätige Auseinandersetzungen, die sich kürzlich in Stottin und jetzt wieder in Jena zwischen Nationalsozialisten und Reichsamerleuten abgepielt haben, nur durch planmäßige und vorbereitete Provokationen und Angriff der Reichsamerleuten herbeigeführt worden sind. Der sozialistische Abgeordnete Dr. Zöb hatte betonte, daß, der republikanische Teil

der Bevölkerung Jenas fühle sich durch die ständigen nationalsozialistischen Ausdrückungen bedroht, die auch harmlose Passanten belästigen.

Schläge im Landtag

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung OLDENBURG, 4. NOVEMBER

Im obenberühmten Landtag äußerte ein Vertreter des Zentrums, es sei fraglich, ob ein einzelner ausreißender Staat heute noch eine völlig unabhängige Elektrizitätsversorgung aufbauen könne. Darauf warf ein Nationalsozialist dem Zentrumsdemot vor, das Zentrum tradete öffentlichlich, daß Europa eine schwarze Diktatur zu errichten, deren Generale wohl der Nation werden sollte. Die „Schwarze Pest“ müßte eben so bekämpft werden, wie die rote.

Die Auseinandersetzungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten wurden nach Schluß der Sitzung in der Landtagssäle in einer laugheiligen Weise weitergeführt, daß ein Nationalsozialist gegen ein Zentrumsgesandten ausprühl und auf ihn einwirkte. Morgen wird über die Neuwahl der Regierung abgemittelt. Die Nationalsozialisten wollen den Ministerpräsidenten sowie einen Minister stellen und einen zweiten Ministerposten einem deutschnationalen Stahlhelm überlassen. Man glaubt nicht, daß dieser Beschluß eine Mehrheit finden wird.

Reichsgericht weiß Klages ab

Groeners Verbots-Verklärung bestätigt

Der IV. Strafsenat des Reichsgerichts hat in nichtöffentlicher Beschlußung entgegen dem Antrag des braunhildesigen Ministers Klages die Entscheidung des Reichsinnenministers Dr. Groener bestätigt, die das Verbot des sozialdemokratischen „Volksfreund“ auf den Zeitraum bis einschließlich 31. Oktober befristet.

Hierzu zwei Beilagen

Verantwortlich für die Anzeigen: Willy Smoor, Berlin
Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt wochentlich zweimal. Bei Anfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung des Bezugses — Täglich: „Umschaltungsblatt“ — „Fame- und Rechtsblatt“ — Wochentlich einmal: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder“ — „Literarische Umschau“ — „Reise und Wanderung“ — „Recht und Leben“
Für Rücksendung unverlangter Manuskripte Porto beifügen
VERLAG UND DRUCK: ULLSTEIN A. G., BERLIN

Lewa bleibt stabil Abbau der Börsen-Geschäfte

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

SOFIA, ANFANG NOVEMBER

In den letzten aufgeführten Monaten, als die Blätter von den Schwankungen fast aller europäischen Währungen berichteten, tauchte der bulgarische Lew nicht ein einziges Mal in den Spalten der Presse auf. Tatsächlich ist der Lew eine von den ganz wenigen Valuten, und sogar die einzigen der besiegten Staaten, die auch in der Zeit allergrößter Unsicherheit nicht eine Stunde lang geschwankt hat, und soweit Voraussagen möglich sind, in absehbarer Zeit auch kaum schwanken dürfte.

Bulgarien ist wohl das einzige Land Europas, das aus einem Gefühl der Schwäche heraus, die jetzt seine Stärke wird, seit 1924 die Zahlungsbewirtschaftung der Devisen nicht aufgehoben hat. Nicht einmal durch den vorübergehenden großen Devisenmangel im Herbst 1928, als die Anleihe 1923 ließ sich die National-Bank dazu veranlassen, das Devisenmonopol aufzulösen. Nach wie vor hat die Devisen Bank für reale Zirkulation Einfluß ausgeübt, nach wie vor blieb der Abfließungsverzwang für Exportdevisen unverändert, die Lew-Ausfuhr verbotlich. Die Vorteile dieser von dem nur so hoch die bulgarische Währung von zwei Uebeln verschont, die so viele andere ins Wanken brachten. Die Kapitalflucht, welche andere Staaten jetzt mit den drückendsten Mitteln zu bekämpfen suchen, konnte in Bulgarien eben wegen der scharfen Kontrolle nie gedeihen, sie war praktisch unmöglich gemacht. Ebenso wenig konnte die kurzfristige Verschuldung die abnehmenden zu schaffen mit sich aufblühende Dimensionen annehmen. Die National-Bank hat sich auch für die Aufnahme von Auslandskrediten in den 1920er Jahren nicht geschämt und handelt nach wie vor in Bulgarien ebenso wie andere Länder mit Kreditangeboten überlaufen wurde, sehr rigoros gehandelt. So kam es, daß im August dieses Jahres die Anleihe über 100 Millionen mit 600 Millionen Lews ist. Ein plötzliches Abziehen selbst dieses geringen Betrages ist auch ohne Stillhalteabkommen nicht zu befürchten. Die Devisenkonten sind durch die ausschließlich Tochtergesellschaften der großen westeuropäischen Banken, vorwiegend des Pariser Platzes, und die Gelder wurden ihnen von ihren Mutteranstalten zur Verfügung gegeben.

Vom Standpunkt der Golddeckung betrachtet, kann die Situation des Lew ebenfalls als sehr günstig bezeichnet werden. Nach dem letzten Jahresbericht der National-Bank bei einem Banknotenumlauf von 3326 und fünfzig Millionen Bulgaren, von 1169 über 1069 Mill. Lews Gold, d. h. die Währung ist zu 35,3 pCt. gedeckt, bei dem gestiegenen Umlauf zu 33,3 pCt.

Trotz aller Beschränkungen und Vorsichtsmaßnahmen liegt es sich jedoch nicht vermeiden, daß der Stand des Devisenkontos der National-Bank jetzt nun doch ernstlich zu besorgen beginnt. Während sich der Devisenschatz zu Beginn des Jahres noch auf 905 Millionen belief, ist er am 15. Oktober auf 388 Millionen zusammengeschrumpft, nach Abschreibung der Devisenkonten zu 270 Millionen auf 251 Mill. Dabei waren 1930 und 1931 verhältnismäßig günstige Jahre, denn das erstere ergab einen Anfuhrüberschuß von 199 Millionen, das letztere einen Umlaufüberschuß von neun Monate des laufenden Jahres schließt mit einem Aktium von 713 Mill. Lews.

In der kurzen Zeit nationaler und wirtschaftlicher Selbstständigkeit hatte Bulgarien noch sehr wenig Möglichkeiten seines Kapitalanzusammens, und so kommt es, daß sich das Kreditwesen, die Industrie und auch der Großhandel zu einem großen Teile in ausländischen Händen befinden. Ein erheblicher Teil der Erträge aus diesen Wirtschaftszweigen ins Ausland abfließt. Der größte Devisenverbraucher nach dem Import sind selbstverständlich die öffentlichen Staatsschulden von 28 Milliarden entfallen rund 22 auf Auslandsschulden. Somit geht auch der größte Teil des im Ausland erwirtschafteten Ertrages in die Hände der Hoover-Jahres sind hierbei schon berücksichtigt), an das Ausland und beansprucht so in starkem Maße den Devisenschatz der National-Bank.

Die Regierung hat sich in den letzten Monaten veranlaßt gesehen, das Beispiel anderer Staaten zu befolgen und die Devisenbewirtschaftung wesentlich zu verschärfen. Außenwährungen können nur mehr auf Grund einer Bescheinigung der Handelskammer oder einer schriftlichen Erlaubnis der unternehmen werden. Ebenso wird das Studium im Ausland nur in besonderen Spezialfällen gestattet. Devisenansprüche für Zwecke des Imports müssen drei Monate vorher angemeldet werden. Sogar Ansätze zu einer Beschränkung des Imports sind bereits vorhanden, und hier beginnt der Bürokratismus bereits merkwürdige Kapitelrollen zu schlagen: Aus der großen Zahl der „Luxusgegenstände“ hat man gerade den breitesten Massen zugängliche Waren verboten. Nach dem letzten Jahresbericht wird nämlich die National-Bank in Zukunft für die Einfuhr von Filmen keine Devisen mehr abgeben. Weitere Einfuhren werden nur in Ausnahmefällen, ohne Rücksicht auf den Import durch Schutzzölle ohnehin auf ein Minimum herabgedrückt ist.

Selbst solche Verbote können jedoch keine radikale Mollung des Devisenverschwandes herbeiführen. Dauerhaft werden seine eigenen Ansprüche erachtet herabgesetzt. Man muß zugeben, daß es dies zu einem Teile bereits getan hat, indem die Umschlagung von ausländischen Anleihen in den Gebieten des Schuldendienstes nicht vermeiden lassen, obwohl bisher jede Zahlung über sein Bestehen energisch demontiert wurde.

Die bulgarische Regierung wird 1926 gezwungen war, für die Ansiedlung der Flüchtlinge aus Griechisch-Mazedonien eine Anleihe aufzunehmen, benutzen die Geldgeber ihre Notlage in ihrer sehr weitgehenden Kontrolle über den Gebiete der Valorisierung der Vorkriegsschulden herauszubringen. So konnte es geschehen, daß der Aufwertungskoeffizient der Vorkriegsschulden derzeit im Durchschnitt über 50 pCt. betragen sein würde. Die Regierung hat sich aber nicht entschlossen, von dem ihr nach dem Abkommen zustehenden Rechte, im Falle einer fahrlässigen Verschlechterung der Wirtschaftslage ein solches Verbleiben des Schlüssels zu verlangen, Gebrauch zu machen. Da man darf sich neben der Rücksicht auf die Devisenwirtschaft immer noch größerer wirtschaftlicher Vorteile wegen, die dem Erfolg einer solchen Aktion ist wohl kaum zu zweifeln, denn auch diese barthezigsten Gläubiger werden einsehen, daß eine kleine Anleihe, die durch die Dauer der großen Valorisierungssätze zahlen kann, besonders, wenn die Zeiten so schlecht sind, wie die jetzigen.

Arthur Steinbröck

Zwang zur Glättstellung — Ermäßigung Prolongations-Kurse

Die gestrige Sitzung des Berliner Börsenverbandes hat wichtige Beschlüsse für die Abwicklung der noch immer in der Schwabe befindlichen Juli-Termin-Engagements gebracht. Hierzu lagen mehrere Pläne vor, die teils eine rigorosere Bereinigung dieser Engagements, teils eine außerordentlich schonungsvolle Behandlung vorsahen. Nach langen Beratungen hat sich der Vorstand auf dem goldenen Mittelweg geeinigt.

Auf Grund neufestgesetzter Prolongationskurse werden die Terminverpflichtungen bis zum 10. Dezember d. J. verlängert. Gleichzeitig muß ein weiterer Betrag aus den sich hieraus ergebenden Differenzen bezahlt werden. Und zwar muß die Hälfte der Differenzen zwischen den letzten Prolongationskursen (15. 9. 31) und den amtlichen Kursen vom 18. September bezahlt werden. Die Bezahlung der fälligen Beträge und die durch etwaige freiwillige Abnahme und Lieferungen gegenüber der Liquidationskasse entstandenen Verpflichtungen sind jeweilig zur Hälfte am 16. November und 1. Dezember zu entrichten.

Zum erstmaligen hat der Börsenverband im Gegensatz zu früheren Anordnungen die freiwillige Lieferung und Abnahme nicht geregelt. Die Liquidationskasse W. vielmehr die Rechte erhalten, Maßnahmen nach diese Richtung zu treffen.

Dieser neue Modus zwingt zu neuen Bestimmungen hinsichtlich der Zinsen, denn es kann Mitgliedern der Kasse nicht zugunsten werden, weiter Zinsen zahlen zu müssen, obwohl sie jetzt zur Lieferung oder Abnahme bereit sind. Deshalb sind entsprechende Erklärungen bis zum 11. November bei der Kasse zu hinterlegen. Allerdings müssen die Beteiligten auch entsprechend diesen Ankündigungen handeln.

Bleiben sie mit diesen Verpflichtungen im Rückstand, so hat die Liquidationskasse das Recht, Exekutionen anberaumt der Börse vorzunehmen und die Begleichung des dadurch entstandenen Schadens zu verlangen. Der Liquidationskasse wird also grundsätzlich das Recht zu Exekutionen eingeräumt, das bisher nur für Kassaspärrer bestand. Im übrigen finden

diese Vorschriften auf die Kunden von Banken, Bankiers oder Maklern entsprechende Anwendung.

Die Fälligkeit der Börsenloabards wurde ebenfalls auf den 10. Dezember hinausgeschoben. Allerdings wird den Schuldnern die Verpflichtung auferlegt, die hinterlegten Sicherheiten bis zum 23. November 1931, 119 pCt. des Darlehensbetrages zu bringen, und zwar auf Grund der letztnotierten amtlichen Kurse vom 18. September. Die Höhe der Darlehenszinsen richtet sich nach den früheren Bestimmungen, jedoch darf die Grenze von 12 Prozent jährlich nicht überschritten werden. Der Schuldner kann sein Darlehen wiederum vorzeitig kündigen und zurückzahlen.

Die Prolongationskurse selbst, die sich im Fort der 2. Seite veröffentlichten, bieten ein recht interessantes Bild, das sie die Tendenz zeigen, die Kurse allmählich auf den Stand der im Freiverkehr erzielten Notierungen zu bringen. Gegenüber den letzten Prolongationskursen vom 15. September ergeben sich bei einzelnen Werten außerordentliche Abweichungen, die beispielsweise bei Schilling-Patenhofer auf Grund der inzwischen eingetretenen Vorgänge nicht weniger als 22 pCt. ausmachen. Einen gleichen Abschlag haben AEG. zu verzeichnen. Bei anderen Spitzenwerten, z. B. Siemens (= 8 pCt.), Farben (= 13 pCt.) und Ver. Stahlwerke (= 7 pCt.) sind die Differenzen weniger groß. Noch auffälliger wird der inzwischen eingetretene Abbau des Kursniveaus, wenn man die Prolongationskurse mit den amtlichen Notierungen vom 11. Juli, der letzten Börse vor der ersten Schlichtung vergleicht. Danach sind beispielsweise Paterhofer rund 30 pCt., Siemens 27, Farben 26 und AEG 24 1/2 pCt. niedriger.

Die gestrigen Beschlüsse des Börsenverbandes stellen gewiß keine Ideallösung dar. Man mußte ein Kompromiß zwischen den verschiedenen Ansichten finden. Immerhin ist es begriffenswert, daß endlich ein weiterer Schritt zur Bereinigung der Termin-Engagements gemacht wird. Der Gesamtbau wird hierdurch nur gebolt. Abgesehen von den übrigen Voraussetzungen, kann an ein Fortbestehen der Börsenloabards nicht gedacht werden, wenn die jetzt schon monatelang in der Schwabe befindlichen Engagements endlich restlos beseitigt sind.

Vorstand oder Aufsichtsrat

Wer entscheidet über die Publizität?

In dem offiziellen Communiqué der Vereinigten Stahlwerke über die gestrigen Abendtagung veröffentlicht haben, ist eine Information des „Deutschen Handelsblattes (DHD)“, des der Schwerindustrie nahestehenden Korrespondenzbüros, nicht enthalten, wonach die Vorlage einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat. Trifft diese Nachricht zu, so wäre es ein bedeutsamer Rückschritt in dem Publizitätswillen des Vorstandes, da bisher der Aufsichtsrat diese Frage noch nicht diskutiert haben kann. Andererseits sind innerhalb des Aufsichtsrats nach einer in Form eines Entwurfs an den Aufsichtsrat.

